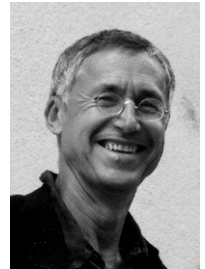


Partizipation junger Menschen – Trends in Deutschland und der europäische Kontext

Wolfgang Gaiser/Johann de Rijke



Wolfgang Gaiser



Johann de Rijke

Zusammenfassung

Wie steht es um die gesellschaftliche und politische Beteiligung der Jugend? In welchen Organisationsformen und in welchem Umfang engagieren sich junge Menschen? Lassen sich typische Entwicklungstendenzen feststellen? Welche Zusammenhänge mit Region (alte oder neue Bundesländer), Geschlecht, Bildungsniveau, Wertorientierungen und Aspekten der sozialen Lage spielen eine Rolle? Zu solchen Fragen werden auf der Basis empirischer Untersuchungen Antworten gegeben. In den Analysen werden zunächst auf Datengrundlage des DJI-Jugendsurvey bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland Entwicklungstrends dargestellt. Anschließend wird der Blick auf andere europäischen Staaten erweitert und diese Vergleichsperspektive – fokussiert auf Frankreich und Österreich – auf der Grundlage europaweiter Jugendstudien thematisiert.

Schlagworte: Partizipation, Jugend, Mitgliedschaften, Neue Soziale Bewegungen, politische Beteiligung, Trendanalyse, europäischer Vergleich, Österreich, Frankreich

Abstract

Political participation of young people – trends in Germany and the European context

What is the current situation regarding societal and political participation of young people? In what forms of organisation and to what extent do young people become engaged in societal and political participation? Can typical trends of development be identified? Which correlations with region (old or new German Länder), gender, level of education, value systems and aspects related to social status are important? The analyses provide answers to these questions based on empirical studies. They start by outlining trends of development in the Federal Republic of Germany, based on the data of the DJI Youth Survey, then broadening their perspectives to include other European Member States and applying comparative analysis based on pan-European youth studies with the focus on France and Austria.

Keywords: Participation, youth, membership, new social movements, political participation, trend analysis, European comparison, Austria, France

1. Einleitung

Der gegenwärtige rapide gesellschaftliche Wandel wird mit Begriffen wie Globalisierung, Entstrukturierung, Individualisierung, Verdichtung oder auch Entgrenzung gekennzeichnet. Institutionen, Arbeitsplätze und berufliche Anforderungen verändern sich. Biographien werden komplizierter. Für die nachwachsende Generation stellen sich mit diesen Entwicklungen neue Herausforderungen beim Erwachsenwerden: Orientierung und Platzierung in einer flexibilisierten Arbeitswelt, Eigenverantwortung in der Wohlfahrtssicherung sowie Beteiligung in einer Gesellschaft, in der einerseits Entscheidungen auf europäischer und globaler Ebene fallen und andererseits die jungen Bürgerinnen und Bürger vermehrt zu Partizipation aufgefordert werden.

In der aktuellen sozialwissenschaftlichen Literatur werden vier systematische Argumentationslinien für eine Stärkung der Partizipation junger Menschen herausgestellt (Bertelsmann 2007). Sie werden hergeleitet aus 1. Menschenrechten, Bürgerrechten und Kinderrechten, 2. demokratietheoretischen und 3. pädagogischen und bildungstheoretischen Begründungen sowie 4. soziostrukturellen Veränderungen der Kindheits- und Jugendphase.

Im vorliegenden Beitrag werden weniger solche Begründungszusammenhänge nochmals beleuchtet, sondern vielmehr empirische Forschungsergebnisse, „facts and trends“ zu dieser Debatte dargelegt. Hierfür werden zunächst Entwicklungen beim Spektrum der politischen Partizipation in Deutschland thematisiert. Es reicht von Mitgliedschaft in Organisationen über Mitarbeit in informellen Gruppierungen bis zur punktuellen politischen Beteiligung.¹ Dann werden Zusammenhänge mit soziodemographischen und Einstellungsvariablen analysiert. Abschließend werden Aspekte der Partizipation im europäischen Kontext beleuchtet und insbesondere im Vergleich Deutschland (nach alten und neuen Bundesländern differenziert), Frankreich und Österreich die Besonderheiten im Kontext der jeweiligen politischen Kulturen zu beschreiben.

2. Empirische Ergebnisse zur Partizipation junger Menschen in Deutschland

Die Diskussion um gesellschaftliches Engagement ist oft unklar in der Definition ihres Gegenstandes. Für die folgenden Analysen sollen deshalb drei Formen von Beteiligung unterschieden werden:

Beteiligungsform im
institutionalisierten
Bereich

Die *erste* Beteiligungsform konzentriert sich auf den institutionalisierten Bereich des intermediären Systems, auf die großen Organisationen und Verbände. Diese bündeln Interessen, sind funktional gegliedert und verstehen sich als Mitgliederorganisationen. Entsprechend ist die Mitarbeit darin eher langfristig, sind die Loyalitäten oder instrumentellen Bindungen stark.

Beteiligung an
informellen
Gruppierungen

Davon unterscheiden lässt sich *zweitens* die Beteiligung an informellen Gruppierungen, Initiativen wie z.B. Umweltgruppen, Gruppen der Friedensbewegung, Bürgerinitiativen oder Selbsthilfegruppen. Solche Gruppierungen erlangten als

Formen einer „Neuen Sozialen Bewegung“ eine zusammenfassende Etikettierung; sie entwickelten sich im Laufe der 70er und 80er Jahre außerhalb der Parlamente und der etablierten Politik als Verknüpfung alltäglicher Aktionsfelder und politisch-öffentlicher Zielsetzungen. Beteiligung hierbei ist primär ziel- und aktionsorientiert und weder auf Dauer gestellt, formalisiert oder rechtlich codiert.

Bei der *dritten* Form von Beteiligung geht es um politische Interessensartikulation, die sich in punktuellen politischen Handlungen ausdrückt, die eher temporär und situativ der Unterstützung oder Artikulation politischer Ziele dienen (z.B.: Wählen, Demonstrieren, Streiken, Lesebriefe Schreiben usw.).

Bezogen auf diese drei Beteiligungsformen werden im Folgenden Entwicklungstrends in Deutschland seit Anfang der 90er Jahre beschrieben (vgl. hierzu ausführlicher Gaiser/de Rijke 2006).

politische Interessensartikulation, die sich in punktuellen politischen Handlungen ausdrückt

2.1 Entwicklung der Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden

Die Zugehörigkeit zu Organisationen, Vereinen und Verbänden kann für Jugendliche und junge Erwachsene wichtig für die Identitätsentwicklung, die soziale Vernetzung und die Durchsetzung ihrer Interessen sein. Mitgliedschaft hat aber nicht nur auf dieser individuellen Ebene sozialer Integration einen hohen Stellenwert, sondern auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene als Element der Systemintegration, weil die „Beteiligung an sozialen Aktivitäten allgemein als eine wichtige Voraussetzung des Funktionierens moderner Gesellschaften“ (van Deth 2001, S. 208) betrachtet wird. Da die Nachwuchsfrage als Hauptproblem vieler Organisationen und Verbände gilt, sind Trendanalysen hierzu besonders aufschlussreich (vgl. Weßels 2001).

Tab. 1: Mitgliedschaften in traditionellen Organisationen und Verbänden 1992, 1997 und 2003 (in%)

Mitglied*	1992	1997	2003
Sportvereine	35	31	36
Heimat- u. Bürgervereine	2	8	10
andere Vereine/Verbände	8	7	9
sonstige gesellige Vereinigungen (Kegelclub usw.)	8	10	9
Gewerkschaften	17	7	8
Kirchliche/religiöse Vereine und Verbände	9	6	8
Jugend- und Studentenverbände	5	5	5
Berufsverbände	4	3	4
politische Parteien	2	3	2
Wohlfahrtsverbände	1	2	1
Bürgerinitiativen	2	1	1
Mitglied in mindestens einer Organisation	58	49	57

* Die Frage lautete: „Es gibt ja viele Möglichkeiten, sich in der Freizeit zu engagieren. Eine dieser Möglichkeiten ist es, Mitglied zu sein in einer Organisation, einem Verband oder einem Verein. Sehen Sie bitte diese Liste durch und sagen Sie mir zu jeder Organisation, jedem Verband, jedem Verein, ob Sie dort Mitglied sind.“ Basis: alle 16- bis 29-Jährigen (deutsch)

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

In Tabelle 1 sind die Mitgliedschaftsquoten der 16- bis 29-Jährigen für 1992, 1997 und 2003 ausgewiesen. Sie liegen außer bei den Sportvereinen und den Gewerkschaften (dort nur 1992) bei maximal 10%. Die Entwicklung der Mitgliedschaft bei den Gewerkschaften lässt einen besonders starken Rückgang erkennen. Dies darf aber nicht als nachlassende Motivation interpretiert werden, sondern muss im Zusammenhang mit strukturellen Veränderungen in der Arbeitswelt gesehen werden (Flexibilisierung der Arbeitszeit und Arbeitskraft, Tertialisierung der Wirtschaft, Deregulierung der Arbeitsverhältnisse).³

Einen Gesamteindruck zur Mitgliedschaftsentwicklung vermittelt der Anteil derjenigen, die in mindestens einer der angegebenen Organisationen Mitglied sind: Nach dem Rückgang vom Jahre 1992 (58%) auf fünf Jahre später (49%) sind nunmehr 57% zu verzeichnen. Ähnlich die Entwicklung bei der aktiven Mitgliedschaft: von 51% auf 44% zu wieder 51%. Die Mitgliedschafts- und Aktivitätsquote ist dabei in den neuen Bundesländern um rund 20 Prozentpunkte niedriger als in den alten. Die niedrigeren Mitgliedschaftsquoten in den neuen Bundesländern verweisen auf einige Spezifika: einerseits auf die geringere Verbreitung und kürzere Tradition, andererseits auf gewisse Vorbehalte gegenüber westlich geprägten Vereinen und Verbänden.

Von einer Tendenz zur Beteiligungsverweigerung junger Menschen kann also keine Rede sein.

Insgesamt gesehen erweist sich also die Entwicklung der Beteiligung von Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den traditionellen gesellschaftlichen Organisationen als sehr vielfältig bei einigen nimmt sie ab, bei anderen nimmt sie – teilweise nach zwischenzeitlichem Absinken – zu. Von einer Tendenz zur Beteiligungsverweigerung junger Menschen kann also keine Rede sein.

2.2 Informelle Gruppierungen

Die informellen politischen Gruppierungen thematisieren spezifische soziale Probleme und ermöglichen aktionsorientierte Partizipation. Sie wenden sich gegen erstarrte und durchrationalisierte Organisationen und wollen neue Formen von Gemeinschaft und Sinnerfüllung ermöglichen. Die Besonderheit solcher Gruppen liegt in der Unmittelbarkeit der sozialen Beziehungen zwischen ihren Mitgliedern und in einer projektorientierten Mobilisierung, die sich von den klassischen Mustern langer, sozialstrukturell verankerter Bindung in Großorganisationen unterscheidet (Roth 1999, S. 51f.). Aufgrund ihrer Inhalte, Ziele, Aktivitätsformen und flexiblen Beteiligungsmöglichkeiten haben solche Gruppierungen gerade bei jungen Menschen eine hohe Anziehungskraft. Schon in der ersten Welle des Jugendsurvey 1992 zeigten die jungen Ostdeutschen nahezu die gleichen Einstellungsmuster bezüglich solcher Gruppierungen wie ihre westdeutschen Altersgenossen und auch 1997 und 2003 erfahren diese Gruppierungen in West und Ost ein hohes Maß an Zustimmung. Bundesweit breite Sympathie genießen vor allem Gruppen, die ökologische, humanitäre und gesellschaftliche Probleme aufgreifen wie etwa Umweltschutz-, Friedens- und Dritte-Welt-Initiativen, Menschenrechts- und Selbsthilfegruppen.

Tab. 2: Aktivitäten in informellen Gruppierungen 1992, 1997 und 2003 (in %) – 16- bis 29-Jährige –

Gruppierungen*	1992	1997	2003
Umweltschutzgruppen	13	11	8
Friedensinitiativen	10	6	8
Dritte-Welt-Initiativen	5	6	6
Menschenrechtsgruppen	5	4	4
Selbsthilfegruppen	4	4	3
Frauen-/Männergruppen	4	2	2
Anti-KW-Initiativen	5	4	2
aktiv in mindestens einer Gruppierung	21	19	19

* Die Frage lautete: „In unserer Gesellschaft gibt es neben Organisationen mit fester Mitgliedschaft auch weniger fest organisierte Gruppierungen oder Bewegungen, die man gut finden und in denen man auch mitarbeiten kann. ... Sagen Sie mir zu jeder Gruppierung, ob Sie diese gut finden, ob Sie dort mitmachen oder ob Sie diese ablehnen“. Prozentwerte aktive: Antwortkategorien „finde ich gut, arbeit mit“ und „finde ich gut, besuche ab und zu mal ein Treffen“. Basis: alle Befragten (deutsch)

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

Verständlicherweise ist die tatsächliche Beteiligung, wie sie einerseits in aktiver Mitgestaltung und andererseits im Besuch von Treffen zum Ausdruck kommt, wesentlich geringer (vgl. Tabelle 2). Immerhin liegt aber der Anteil der Aktiven bei Gruppierungen mit ökologischen und pazifistischen Zielsetzungen durchaus in einer ähnlichen Größenordnung wie bei verschiedenen Mitgliedschaftsorganisationen, etwa den Gewerkschaften. Wenn auch jede einzelne informelle Gruppierung für sich betrachtet maximal nur etwa jeden Zehnten aktivieren kann, so sind doch insgesamt rund ein Fünftel der jungen Bevölkerung in mindestens einer dieser Gruppierungen aktiv.

insgesamt rund ein Fünftel der jungen Bevölkerung ist in mindestens einer dieser Gruppierungen aktiv

2.3 „Punktuelle Partizipation“

Die Beteiligung an Wahlen steht zu allen drei Erhebungszeitpunkten mit Abstand an erster Stelle der in Betracht gezogenen Partizipationsformen. Im Bereich konventioneller Politik wird von nahezu allen jungen Menschen das Wählen als die wichtigste und selbstverständlichste Form politischer Einflussnahme angesehen. Briefe oder Mails an Politiker oder Medien sind nur für etwa ein Drittel im denkbaren politischen Verhaltensrepertoire. Die Bereitschaft zu politisch motivierten Geldspenden ist rückläufig, was allerdings wohl weniger mit verändertem politischen Engagement als vielmehr eher zunehmenden ökonomischen Belastungen der Jugendphase zu tun haben dürfte.

Beim Spektrum unkonventioneller Partizipation stehen die Bereitschaft zur Beteiligung an Unterschriftensammlungen im Zeitverlauf stabil an erster Stelle, gefolgt von der Bereitschaft, sich an genehmigten Demonstrationen zu beteiligen. Deutlich abnehmend (insbesondere in den neuen Bundesländern) ist dagegen die Bereitschaft, bei einem gewerkschaftlichen Streik mitzumachen, obwohl das Niveau insgesamt mit 42% (2003) nicht unerheblich ist. Weniger geworden

sind auch diejenigen die sich vorstellen können, sich an einer „ungenehmigten“ Demonstration zu beteiligen (21% im Jahr 2003).

Insgesamt gesehen ist also bei der Mehrheit der betrachteten Beteiligungsformen die Partizipationsbereitschaft zurückgegangen. Dies gilt sowohl bezüglich konventioneller als unkonventioneller Formen, wobei aber auch zu sehen ist, dass bezüglich „klassischer“ Formen der politischen Interessenartikulation wie Wahl oder Unterschriftensammlung Stabilität auf einem hohen Bereitschaftsniveau besteht.

Tab. 3: Politische Partizipation – Bereitschaften* 1992, 1997 und 2003 (n %)
– 16- bis 29-Jährige –

Partizipationsbereitschaften	1992	1997	2003
<i>konventionelle Partizipation</i>			
Beteiligung an Wahlen	93	92	94
Briefe an Politiker	28	31	31
Spenden für politische Zwecke	31	28	24
(Leser-)Brief zu polit. Themen an Medien	35	39	31
<i>unkonventionelle Partizipation</i>			
Beteiligung an Unterschriftensammlung	79	79	81
Teilnahme an genehmigten Demonstrationen	65	62	61
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	56	49	42
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	29	27	21

* Die Frage lautete: „Angenommen, Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie in Frage, und welche nicht? Basis: alle Befragten (deutsch)

Quelle: DJI-Jugendsurvey 1992, 1997 und 2003

Diskrepanz zwischen
Handlungsbereit-
schaft und
tatsächlichem
Verhalten

Die verschiedenen punktuellen, themenbezogenen Möglichkeiten politischer Artikulation werden durchaus auch genutzt (vgl. Tab. 4). Knapp zwei Drittel haben sich bereits an Unterschriftensammlungen beteiligt, etwa ein Drittel an einer genehmigten Demonstration teilgenommen. Deutlich ist bei all den politischen Artikulationsformen die Diskrepanz zwischen Handlungsbereitschaft und tatsächlichem Verhalten: Während beispielsweise etwa vier Zehntel der Befragten prinzipiell an einem gewerkschaftlich organisierten Streik mitmachen würden, haben sich nur 5% an solchen Aktivitäten beteiligt.⁴ Knapp ein Zehntel der 16- bis 29-Jährigen hat sich schon einmal durch Briefe an Zeitungen oder Politiker oder durch Spenden in den politischen Prozess eingeschaltet, 7% sich bereits an „nicht genehmigten“ Demonstrationen beteiligt.

Tab. 4: Politische Partizipation – Bereitschaften und Aktivitäten*
(2003 in %) – 16- bis 29-Jährige

Partizipation	Jugendsurvey 2003	
	Bereitschaft	bereits gemacht
<i>konventionelle Partizipation</i>		
Beteiligung am Wahlen	95	85
Briefe an Politiker	31	8
Spenden für politische Zwecke	23	7
(Leser-)Briefe zu polit. Themen an Medien	31	7
<i>unkonventionelle Partizipation</i>		
Beteiligung an Unterschriftensammlung	80	60
Teilnahme an genehmigter Demonstration	60	32
Teilnahme an gewerkschaftlichem Streik	41	5
Teilnahme an nicht genehmigter Demonstration	23	7

* Die Frage zur Bereitschaft lautete: „Angenommen, Sie möchten politisch in einer Sache, die Ihnen wichtig ist, Einfluß nehmen bzw. Ihren Standpunkt zur Geltung bringen. Welche der Möglichkeiten auf dieser Liste kommen für Sie in Frage, und welche nicht?“ Basis: alle Befragten 2003.

Die Frage zu Aktivitäten lautete: „Bitte gehen Sie alle Möglichkeiten nochmals durch. Was davon haben Sie schon gemacht, was danon haben Sie noch nicht gemacht?“ Basis: Alle Befragten 2003.

** Für dieses Item wurden nur die 18- bis 29-Jährigen Deutschen berücksichtigt.
Quelle: DJI-Jugendsurvey 2003

3. Erklärungsfacetten

Außer der Frage nach Entwicklungstrends ist es von Interesse, inwieweit auf das Ausmaß an Partizipation Aspekte der Lebenslage (Geschlecht, Bildung, Deprivation) und Wert- bzw. politischen Orientierungen Einfluss haben. Welche Zusammenhänge mit entsprechenden Indikatoren lassen sich feststellen?

Geschlechtsunterschiede sind im Westen bei der Beteiligung an informellen Gruppierungen zu finden: Frauen engagieren sich hier etwas stärker als Männer. Bei den traditionellen Vereinen und Verbänden ist das Verhältnis hingegen in beiden Landesteilen umgekehrt: Männer sind gegenüber Frauen in deutlich höherem Maße aktiv. Die gegenläufige Tendenz des Engagements beider Geschlechter bei traditionellen versus informelleren und netzwerkorientierten Aktivitäten zeigt sich insbesondere bei den Altersgruppen zwischen 24 und 29 Jahren.

Geschlechtsunterschiede

Weiterhin ist ein *Bildungseffekt* eindeutig: Junge Menschen mit Abitur engagieren sich häufiger als solche ohne diesen Abschluss, dies gilt für beide Formen der Beteiligung.

Bildungseffekt

Unter den *Wertorientierungen* spielen postmaterialistische Orientierungen (im Sinne des Konzepts von R. Inglehart)⁵ eine gewisse Rolle: Postmaterialistisch eingestellte Personen sind eher aktiv als solche mit materiellen Orientierungen. Bei den informellen Gruppierungen findet man zudem eine stärkere Selbstverortung im linken Bereich des Links-Rechts-Kontinuums, was auch

Wertorientierungen

dem Selbstverständnis der meisten Gruppen der Neuen Sozialen Bewegungen entspricht. Keine Bedeutung hingegen haben diese Aspekte für Aktivitäten in traditionellen Organisationen. Auffällig ist die nahezu gleiche Stärke des Zusammenhangs zwischen politischem Interesse und den unterschiedlichen Beteiligungsformen. Politische Interessiertheit ist offenbar ein zentraler Faktor für die Motivation, sich zu engagieren – unabhängig von dem Bereich, in dem man sich engagiert.

Umstritten ist, inwieweit sich *Deprivation* auf die Beteiligung auswirkt. Einerseits gibt es die These, dass die Erwartung einer Verbesserung der eigenen Lage mobilisierend wirken könne, andererseits die gegenteilige Annahme, dass eine sozialer Benachteiligung zusätzlich auch politische Marginalisierung mit sich bringen könne. Zur empirischen Überprüfung diese Thesen lässt sich die Gruppe der Arbeitslosen mit den anderen Statusgruppen kontrastieren. Es zeigt sich Folgendes: Bei den traditionellen Organisationen ergibt sich hier ein deutlicher Zusammenhang: Arbeitslose junge Menschen sind weniger aktiv als solche, die eine Arbeit haben. Dies kann also als Bestätigung der Marginalisierungs-These gelten.

Insgesamt zeigt sich somit: Mädchen und junge Frauen sind eher bereit, sich bei Gruppierungen der Neuen Sozialen Bewegungen zu beteiligen. Jungen und junge Männer zeigen stärkeres Interesse an konventioneller Politik und engagieren sich stärker in Vereinen und Verbänden. Bildung erweist sich als wichtiger Faktor für die Engagementbereitschaft und politische Aktivität: Mit zunehmendem Bildungsniveau steigt die Bereitschaft zum Engagement – sei es aus Einsicht, aufgrund verfügbarer Ressourcen, Prinzipienfragen oder auch Nutzenerwägungen. Am stärksten aber fördert ein politisches Interesse die gesellschaftliche und politische Beteiligung: Bei einem hohem politischen Interesse steht auch ein geringes Bildungsniveau einer soziopolitischen Aktivität nicht im Wege.

4. Aspekte der Partizipation im europäischen Kontext

Ein – hier allerdings nur skizzenhaft realisierbarer – internationaler Vergleich ermöglicht, dass auf der Basis der Kontrastierung mit anderen gesellschaftlichen Realitäten, Strukturen, sozialen Systemen und politischen Kulturen, länderspezifische Aspekte klarer sichtbar werden und damit auch alternative Sichtweisen sowie Entwicklungsmöglichkeiten erkennbar werden. Im folgenden Abschnitt soll deshalb eine Einbettung in den europäischen Kontext versucht werden. Dabei ist insbesondere der Vergleich Deutschlands mit Frankreich und Österreich interessant, weil Frankreich als zentralistischer und laizistischer Staat gerade im Bereich der Jugendarbeit und Jugendbildung gänzlich andere Strukturen aufweist als Deutschland mit seinem föderalen und subsidiär-pluralistischem System. Demgegenüber bestehen diesbezüglich beim anderen Nachbarn, nämlich Österreich eher ähnliche Bedingungen, wobei hier die anders geartete Siedlungsstruktur (zugespitzte Stadt-Land-Differenz) und die besondere langjährige jugendpolitische Debatte und Mobilisierung um die (schließlich im März 2007 vom Ministerrat der großen Koalition in Wien beschlossene) Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Nationalratswahlen einen Einfluss auf politische

Vergleich
Deutschlands mit
Frankreich und
Österreich

Orientierungen und Beteiligungsbereitschaft haben könnte. Ein transnationaler Vergleich steht gerade bei der Frage politischer Partizipation vor grundsätzlichen theoretischen und empirischen Schwierigkeiten, weil historische, gesellschaftsstrukturelle und individuelle Faktoren berücksichtigt und äquivalente Indikatoren entwickelt werden müssen. Bei europäischen Ländervergleichen zeigen sich nämlich nicht selten starke Variationen, bei deren Erklärung zusätzlich länderspezifische Bedingungen aus den Bereichen Institutionenordnung (etwa Wahlsystem), geschichtlicher Kontext, Sozialstruktur oder auch politische Kultur zu berücksichtigen sind (vgl. Westle 1994, Braun/Mohler 2003). Dies detailliert zu skizzieren, kann im Rahmen dieser Beitrags nicht Ziel sein. Es geht hier nur um ausgewählte länderspezifische (vgl. Gabriel/Brettschneider 1994) sowie um jugendbezogene Aspekte von Partizipation.

Grundsätzlich sind nach den theoretischen Konzept der politischen Kultur bei der vergleichenden Analyse der politischen Kulturen unterschiedlicher Länder drei Ebenen relevant: 1. Haltungen zum politischen System (Systemebene), 2. die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger zum Engagement verstanden als Unterstützung des Systems (Input), 3. Bewertungen von Resultaten und Leistungen (Output). Mit einem solchen Ansatz kann man im europäischen Kontext Ländergruppen mit jeweils unterschiedlicher Ausprägung einer demokratischen Staatsbürgerkultur unterscheiden (vgl. Gabriel 1994). Deutschland befindet sich mit Dänemark, den Niederlanden und in gewisser Hinsicht auch Großbritannien in einer Gruppe, in der diese Staatsbürgerkultur hoch entwickelt ist. In Frankreich hingegen (wie auch in Italien, Spanien und Belgien) ist die Beziehung der Bevölkerung zu soziopolitischen Eliten stärker durch Misstrauen gekennzeichnet und die Unterstützung des politischen Regimes fällt allenfalls durchschnittlich aus.

Ergebnisse zum politischen Handeln bestätigen die Unterschiedlichkeit von Ländern in der EU (vgl. Westle 1994): Betrachtet wird etwa Partizipation in nicht-konventionellen, unverfassten Formen sowie in Gruppen der Neuen Sozialen Bewegungen. Der Vergleich zeigt für Deutschland eine geringere Partizipationsbereitschaft und insbesondere weniger tatsächliche Aktivitäten als in Frankreich, aber auch als in einigen anderen europäischen Ländern. Die gleiche Tendenz wird bei der Bereitschaft zur Mitarbeit in Gruppen der Neuen Sozialen Bewegungen sichtbar. Frankreich ist gekennzeichnet durch eine hohe Partizipationsbereitschaft und ein relativ hohes Niveau beim tatsächlichen politischen Handeln im Rahmen unkonventioneller, nichtverfasster Aktivitäten. Allerdings findet sich hier, bezogen auf die Gesamtbevölkerung, für die Neuen Sozialen Bewegungen eine vergleichsweise geringe Akzeptanz. Bezogen auf die französische Jugend jedoch ist die Bereitschaft, sich beispielsweise in Menschenrechtsgruppen zu beteiligen, mit zwei Drittel positiver Voten durchaus erheblich (Muxel 2001, S. 135). Insgesamt gesehen zeigt sich also, dass teilweise starke Differenzen in den Formen der politischen Beteiligung etwa zwischen Deutschland und Frankreich bestehen, wobei die Bandbreite der Streuung innerhalb der EU-Länder recht hoch ist.

Anhand der Daten des Eurobarometers 55.1 „Young Europeans“ von 2001 können einige länderspezifische Aspekte der Partizipation – auch differenziert nach alten und neuen Bundesländern – in den Blick genommen werden. In dieser Studie wurden im Jahr 2001 in den damaligen 15 Mitgliedsstaaten der Euro-

1. Haltungen zum politischen System (Systemebene)
2. Bereitschaft zum Engagement verstanden als Unterstützung des Systems (Input)
3. Bewertungen von Resultaten und Leistungen (Output).

päischen Union annähernd 10.000 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 24 Jahren befragt (vgl. <http://europa.eu.int/comm/education/youth/studies/eurobarometer/>). Partizipation ist in dieser Umfrage unter dem Aspekt „Mitgliedschaft in Vereinen und Organisationen“ enthalten. Zusätzlich kann die Frage nach „Strukturen, die jungen Leuten die Teilhabe am öffentlichen Leben erleichtern“ sowie außerdem „Wünsche zu politischer Beteiligung“ im europäischen Vergleich betrachtet werden.

4.1 Partizipation in Organisationen im europäischen Vergleich

Grundsätzlich kann Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden und Organisationen als Indikator für soziale Integration vergleichsweise leicht in Surveys, die mehrere Länder umfassen, erfragt werden. Van Deth und Kreuter etwa beziehen sich auf europäische Länder im Rahmen der World Values Surveys und betrachten den Prozentsatz aller Befragten (ab 18 Jahre), die in mindestens einer Organisation Mitglied sind. Es lassen sich dabei klare nationale Differenzen ausmachen: Die höchsten Organisationsgrade findet man in den nordischen Ländern Schweden, Dänemark und Norwegen, aber auch in den Niederlanden (jeweils über 80%). Eine mittlere Gruppe mit etwa 50-60% Mitgliedschaften in diesen Organisationen wird durch Länder wie Irland, Großbritannien, Belgien, Österreich und Deutschland (alte Bundesländer) gebildet. Schließlich lässt sich eine Gruppe mit geringen Werten (unter 40%) davon abgrenzen, in denen vor allem die südlichen europäischen Länder wie Italien, Spanien (nur 23%), Portugal und auch Frankreich (mit 38%) vertreten sind (vgl. van Deth/Kreuter 1998, S.137f.).

In der Eurobarometer-Erhebung „Young Europeans 2001“ wurde die Beteiligung in freiwilligen Vereinigungen und Verbänden durch Listenvorgabe, kombiniert als Mitgliedschaft und/oder Beteiligung an deren Aktivitäten erfasst.

Tab. 6: Anteil der 15-24-Jährigen in Ländern der Europäischen Union 2001, die in mindestens einer Organisation Mitglied sind bzw. mitarbeiten (in%)

Portugal	31
Spanien	36
Griechenland	37
Italien	44
Frankreich	45
Großbritannien	47
Deutschland Ost	48
Nordirland	49
Irland	58
Belgien	59
Österreich	60
Finnland	60
Deutschland West	63
Luxemburg	72
Schweden	75
Dänemark	76
Niederlande	80

Quelle: Eurobarometer 55.1: Junge Europäer 2001, eigene Berechnungen.

Es wurden hierfür eine Reihe von traditionellen Organisationen wie auch solche der Neuen Sozialen Bewegungen vorgegeben: Sportvereine, religiöse Vereine, Jugendgruppen, Hobbygruppen, kulturelle Vereine, Umweltgruppen, Gewerkschaften, politische Parteien, Menschenrechtsbewegungen und andere. Etwa die Hälfte der jungen Europäer beteiligt sich nach wie vor an keiner dieser Gruppen, Vereinen und Organisationen (48% im Jahre 1997 und 50% im Jahre 2001). Die länderspezifischen Unterschiede jedoch sind erheblich. Frankreich und Ostdeutschland liegen etwa im europäischen Durchschnitt (54 bzw. 52%) während in Österreich nur 40% und in Westdeutschland nur 37% Nichtmitglieder sind. In Tabelle 6 ist nun für alle einbezogenen Länder der jeweilige Anteil derjenigen 15-24-Jährigen angegeben, die in mindestens einer dieser Organisationen in diesem Sinne Mitglied sind. Auch hier kann man in der Rangfolge eine Ländergruppierung feststellen. Deutschland-Ost (48%) und Frankreich (45%) liegen im Organisationsgrad unter dem EU-Mittel, wobei sich die geringsten Werte in den südlichen europäischen Ländern zeigen: am niedrigsten Portugal mit nur 31%, Spanien mit 36% und Griechenland mit 37%. Einen hohen Organisationsgrad weisen Deutschland-West (63%) und Österreich (60%) auf – auch hier allerdings noch von nordischen Ländern und den Niederlanden übertroffen.

Betrachtet man die einzelnen Vereinsarten, so wird die Mitgliedschaftsquote am stärksten durch die Sportvereine, die zudem zwischen 1997 und 2001 vermehrt Zuspruch gefunden haben (Steigerung um 6%punkte), geprägt (EU insgesamt 30%). Bei diesen sind gleichzeitig auch Unterschiede zwischen Frankreich (23%), Österreich 27%), Deutschland-West (44%) und Deutschland-Ost (26%) klar zu erkennen. Weit weniger Mitglieder haben europaweit religiöse Vereine (8%), Jugendgruppen (7%), Hobbyclubs (7%), kulturelle Vereinigungen (6%) oder Umweltgruppen (5%). In Frankreich ist dabei das Engagement im kulturellen (10 gegenüber 4% in Deutschland), in Deutschland im ökologischen Bereich stärker (6 gegenüber 2% in Frankreich). Österreich liegt mit den religiösen Jugendgruppen mit 16% Beteiligung europaweit am höchsten und doppelt so hoch wie der europäische Durchschnitt. Hier mag die besondere Stadt-Land Struktur in Österreich eine Rolle spielen, weil die kirchenverbandliche Jugendarbeit insbesondere auf dem Lande und weniger stark in den Großstädten vertreten ist, und außer Wien gibt es nur vier Städte mit über 100 000 Einwohnern. In den übrigen, sehr ländlich strukturierten Gebieten spielen Jugendorganisationen wie Jungschar und Katholische Jugend eine große Rolle.

In den länderspezifischen Besonderheiten kommen insgesamt gesehen sowohl strukturell-organisatorische, institutionelle, historische als auch Einstellungsunterschiede zum Ausdruck.

Im deutsch-deutschen Unterschied wird die westdeutsche Tradition der staatlich geförderten freiwilligen Organisation in Verbänden und Vereinen gegenüber den neuen Bundesländern, die nach der Wende ihre autoritär organisierte soziale Integration verloren hatten und nur allmählich westdeutsche Strukturen aufnahmen, deutlich. Der vergleichsweise niedrigere Organisationsgrad in Frankreich ist wohl der Tatsache geschuldet, dass das Vereinswesen hier traditionell weniger stark etabliert und durch ein Spannungsverhältnis gegenüber dem laizistischen Staat gekennzeichnet ist, der auch solchen Organisationen nur begrenzte Unterstützung zukommen lässt (Mény 1999). Dabei liegt nach Längsschnittuntersu-

chungen (in Trendstudien) seit den 70er Jahren die Beteiligung der französischen Jugend an Clubs, Vereinen und kulturellen, sportlichen oder politischen Organisationen mit knapp mehr als einem Drittel Aktiver zwar niedriger als in Deutschland, ist aber durchaus stabil (Roudet/Tchernia 2001, S. 153).

4.2 Die subjektive Bedeutung unterschiedlicher Institutionen

Partizipation kann – wie gezeigt – in Form von Mitgliedschaften in traditionellen Organisationen, Vereinen und Verbänden, durch Beteiligung an informellen Gruppierungen oder an eher kurzfristig-punktuellen Aktionen stattfinden. Das Gesamtspektrum der Beteiligungsmöglichkeiten ist aber selbstverständlich noch breiter und reicht von den Medien über staatliche Institutionen und das Bildungssystem bis zu den privaten Beziehungsnetzen in der Verwandtschaft und dem Freundeskreis.

Während wir bisher Aspekte der tatsächlichen Beteiligung analysiert haben, soll im Folgenden der Frage nachgegangen werden, welche Priorität aus dem Blickwinkel Jugendlicher bestimmte intermediäre Kanäle und Strukturen für die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben haben. Im Eurobarometer wurde anhand einer vorgegebenen Liste danach gefragt, welche Institutionen und Regelungen für die gesellschaftliche Beteiligung der Jugend hauptsächlich ausschlaggebend sind. Es waren also keine Mehrfachnennungen möglich.

Tab. 7: Einrichtungen zur Erleichterung der gesellschaftlichen Teilnahme junger Menschen (als am wichtigsten genannt in%)

	EU15	Deutsch- ld-W	Deutsch- ld-O	Frank- reich	Öster- reich
Bildungssystem	26	23	24	22	17
Familie und Freunde	20	29	18	21	37
Jugendorganisationen	20	16	19	18	18
Fernsehen	17	6	7	16	6
Staat, Bundes- oder Landesregierungen	8	11	19	5	8
Politische Parteien	4	3	5	4	4
Internetforen (also virtuelle Gemeinschaften)	3	2	2	6	3
Zeitungen und Zeitschriften	1	0	1	2	2
Radio	1	0	0	2	2
weiß nicht	5	8	5	3	7

Quelle : Eurobarometer 55.1 : Junge Europäer 2001

Wie Tabelle 7 zeigt, wird dem Bildungssystem ein zentraler Stellenwert zugeschrieben. 26% der jungen Europäer stellen diese Institution an die erste Stelle. An zweiter Stelle stehen mit je 20% Familie und Freunde sowie Jugendgruppen und Jugendorganisationen. Das Fernsehen nimmt, wenn auch nur mit 12%, den vierten Platz ein. An fünfter Stelle mit 8% liegen der Staat und die Behörden auf nationaler und lokaler Ebene, an sechster Stelle (4%) die politischen Parteien. Dahinter sind Internet, Zeitungen und Radio platziert.

Diese Hierarchie zeigt sich im Großen und Ganzen auch, wenn man die 15 EU-Länder differenziert betrachtet: In 12 der 15 Länder wird von den jungen Europäern das Bildungssystem als wichtigste Institution für die Beteiligung am öffentlichen Leben erachtet. Dies gilt auch für Deutschland-West, -Ost und Frankreich (23/24/22%). In Österreich allerdings steht es mit nur 17% erst an dritter Stelle hinter den Jugendorganisationen mit 18% und „Familie/Freunde“, wo mit 37% dem sozialen Umfeld europaweit mit Abstand die größte Bedeutung beigemessen wird.

In 12 der 15 Länder wird von den jungen Europäern das Bildungssystem als wichtigste Institution für die Beteiligung am öffentlichen Leben erachtet.

Bei den Jugendgruppen/Jugendorganisationen liegen Westdeutschland (16%), Ostdeutschland (19%) und Frankreich (18%) nahe beieinander, aber leicht unter dem europäischen Durchschnitt (20%). Den privaten Netzen wird in Westdeutschland mit 29% zwar weniger als in Österreich, aber deutlich mehr Stellenwert zugeschrieben als in Ostdeutschland (18%) oder Frankreich (21%). Bezüglich staatlicher Instanzen liegt Ostdeutschland mit 19% deutlich vor Westdeutschland mit 11%, Österreich (8%) oder Frankreich (5%) und dem EU-Durchschnitt von 8%. Dieses Ergebnis der hohen Erwartung an staatliche Stellen korrespondiert mit den Ergebnissen des DJI-Jugendsurvey, nach denen im Osten für die unterschiedlichsten Lebensbereiche stärkere staatliche/öffentliche Problemlösungen gefordert werden (obwohl gleichzeitig das Vertrauen in die Politik vergleichsweise geringer ist).

Beim Fernsehen zeigt sich ein deutlicher Unterschied zwischen Österreich (6%) und Deutschland (West 6%, Ost 7%) gegenüber Frankreich (16%). Es scheint also eine Tendenz der vergleichsweise höheren Skepsis in Frankreich gegenüber staatlichen Stellen bei gleichzeitiger Höherbewertung von Instanzen bürgerlicher Öffentlichkeit und liberaler Kommunikation zu geben. Leicht höher ist auch in Frankreich gegenüber dem EU-Durchschnitt die Bewertung von Internet, Zeitungen und Radio.

4.3 Maßnahmen zur Verbesserung der Partizipation

Welche Wünsche haben Jugendliche bezüglich der Verbesserung ihrer Beteiligungsmöglichkeiten? Daten der Eurobarometerstudie „Young Europeans“ helfen weiter, um zu erfahren, welche rechtlichen Regelungen, institutionalisierten Verfahren, spezifischen Maßnahmen und Programme aus der Sicht junger Menschen ausgebaut bzw. etabliert werden sollten (vgl. Tab. 8).

Für mehr als vier von zehn jungen Europäern stehen zwei Maßnahmen im Vordergrund, wenn es um ihre effektivere politische Beteiligung geht: Erstens wollen sie vor jeder öffentlichen Entscheidung, die sie betrifft, hierzu auch gefragt werden (46%) und zweitens sollten spezielle Informationskampagnen für Jugendliche organisiert werden (45%).

Tab. 8: Maßnahmen zur Erleichterung der gesellschaftlichen Teilnahme junger Menschen (in%, Mehrfachangaben)

	EU-15	Deutsch- ld.W	Deutsch- ld.-O	Frank- reich	Öster- reich
Junge Leute zu Rate ziehen vor Entscheidungen	46	52	63	44	54
Spezielle Informationskampagnen für junge Leute	45	47	42	45	36
In Schulen Pflichtunterricht zur Staatsbürgerkunde einführen	37	34	23	41	25
Jugendverbände überall in der EU ins Leben rufen	28	21	26	39	27
Ermutung zu freiwilliger sozialer Tätigkeit	19	27	23	17	14
Das Alter der Wahlberechtigung herabsetzen	13	11	13	12	22
keine davon	2	3	1	2	3
weiß nicht	6	9	6	2	5

Quelle : Eurobarometer 55.1 : Junge Europäer 2001

- Informationskampagnen Bezüglich des Wunsches nach Informationskampagnen ist sich die Jugend in Deutschland (West 47%; Ost 42%) und Frankreich (45%) weitgehend dahin einig, dass hier mehr getan werden müsse, anders in Österreich (36%) wo europaweit hierauf das vergleichsweise geringste Gewicht gelegt wird. Dies hat möglicherweise damit zu tun, dass hier bereits viele Informationskampagnen stattfinden und daher ein relativ hoher Anteil der Jugendlichen sich informiert fühlt. Die Einbeziehung der Jugend vor Entscheidungen wird in Ostdeutschland (63%) deutlich stärker als in Westdeutschland (52%), Österreich (54%) oder Frankreich (45%) gefordert. Dieses Ergebnis bezüglich Frankreich bestätigt die länderspezifische Besonderheit, hier weniger auf formalisierte Beteiligungsregelungen zu setzen, wie sie sich oben schon bei der unterschiedlichen Bewertung der Bedeutung staatlicher Stellen gezeigt hat. Gegenläufig dazu setzt die bürgerschaftliche Programme in Schulen französische Jugend (41%) stärker als die in Westdeutschland (34%), Österreich (25%) oder Ostdeutschland (23%) auf verstärkte bürgerschaftliche Programme in Schulen, worin auch der hervorgehobene Stellenwert der allgemeinen, gleichen und durchgängig als Ganztagschulen organisierten Bildung zum Ausdruck kommt. Gleichzeitig wird aber auch von der französischen Jugend vergleichsweise stärker eine Unterstützung und Förderung von Jugendverbänden (39% – in Österreich sind es 27%, in Ostdeutschland 26%, in Westdeutschland 21%) als notwendig erachtet, vielleicht deshalb, weil hier angesichts der laizistischen Trennung von Kirche und Staat und anders als nach dem deutschen Subsidiaritätsprinzip kaum öffentliche Mittel in die Verbandsförderung fließen.
- Unterstützung und Förderung von Jugendverbänden Schulbezogene Programme zur Förderung zivilgesellschaftlicher Beteiligung wurden von allen befragten Jugendlichen an dritter Stelle (37%) gefordert. Dies kann – vom dritten Platz her – als hohe Einschätzung der Schule für die gesellschaftliche Integration bewertet werden, vom niedrigen Prozentsatz her allerdings auch schlechte Erfahrungen mit politischer Bildung in der Schule reflektieren.
- Ehrenamtliches Engagement Ehrenamtliches Engagement stärker zu fördern wird EU-weit von nahezu jedem fünften Jugendlichen (19%) gewünscht. Solche Maßnahmen werden in

Westdeutschland (27%) stärker als in Ostdeutschland (23%), Frankreich (17%) oder Österreich (14%) gefordert. Dieses Ergebnis verbindet sich plausibel mit den oben dargestellten Unterschieden in den Mitgliedschaften in Vereinen und Verbänden. Diese leben nämlich von ehrenamtlichem Engagement und bieten Strukturen und Inhalte, in denen dieses effektiv wirken kann.

Eine andere Ebene ist mit dem Thema der Herabsetzung des Wahlalters angesprochen. Die Bedeutung der hierzu geführten öffentlichen Debatte spiegelt sich nicht in der Meinung der Jugendlichen, die in Frankreich, Deutschland und EU-weit ähnlich antworten: nur 13% fordern eine Herabsetzung des Alters für das aktive und 9% für das passive Wahlrecht. Eine Sonderstellung nimmt hier Österreich ein: Hier wird mehr als in allen übrigen Ländern die Herabsetzung sowohl des aktiven (14%) als auch des passiven (22%) Wahlrechts gefordert. Die öffentlichen Debatten um die Wahlaltersenkung haben hier möglicherweise zu einer besonderen Sensibilisierung der Jugend bezüglich dieses Themas geführt.

Herabsetzung des
Wahlalters

Eine neuere europaweite Jugendstudie wurde im Frühjahr 2007 bei 19.000 jungen Europäern per Telefonumfrage durchgeführt und bezog sich auf alle nunmehr 27 Mitgliedstaaten (Flash Eurobarometer 202 – The Gallup Organization 2007). Die Ausweitung der Länder der EU und die Ausweitung der Altersspanne von 15-30 Jahren unterschieden die Erhebung von derjenigen des Jahres 2001. Für Deutschland wurden aufgestockte Stichprobe mehr gezogen und entsprechend Auswertungen nicht nach alten und neuen Bundesländern getrennt. Diese neueren Daten können somit hier nicht systematisch herangezogen werden. Nur exkursorisch sollen einige wenige Ergebnisse berichtet werden:

In der Umfrage wurden junge Leute danach gefragt, wie sie sich ins politischem Leben während des letzten Jahres involviert haben (Flash Eurobarometer 202 – The Gallup Organization 2007, S. 47-49). Die Ergebnisse zeigen, dass 28% sich im letzten Jahr bei einer Unterschriftensammlung beteiligt haben, 24% gaben ihre politischen Ansichten in einem online-Diskussions-Forum kund und 20% nahmen an einer Demonstration teil. Nicht ganz so viele Befragte berichteten, dass sie im vergangenen Jahr für eine Nichtregierungsorganisation (NGO) gearbeitet haben (11%), 8% waren in einer Gewerkschaft aktiv oder Mitglied einer Gewerkschaft, 5% arbeiteten in einer politische Partei. Europaweit zeigen sich ähnliche soziodemographische Einflussfaktoren, wie oben für Deutschland beschrieben: Junge Männer sind in bestimmten Bereichen politischer aktiver als junge Frauen. Dies ist besonders der Fall beim Präsentieren der eigenen politischen Ansichten in einem Online-Forum (29% verglichen mit 19%) und für das Teilnehmen an einer öffentlichen Demonstration (22% gegenüber 18%). Ältere Befragte sind zumeist aktiver ins politische Leben eingebunden als jüngere. Aber jüngere Befragte berichten beispielsweise ein häufigeres Teilnehmen an einer öffentlichen Demonstration (23%) als die der höchsten Altersgruppe (18%). Auch Bildungseffekt spielen europaweit eine herausragender Rolle. Beispielsweise beteiligten sich an Unterschriftensammlungen 37% der Befragten mit Abitur gegenüber 15% mit unteren Bildungsabschlüssen.

In der Umfrage wurden junge Leute danach gefragt, wie sie sich ins politischem Leben während des letzten Jahres involviert haben.

5. Schlussbemerkung

Differenzierung
zwischen alten und
neuen
Bundesländern

In den dargelegten Analysen konnten teilweise deutliche Besonderheiten bezüglich Deutschland, Frankreich und Österreich festgestellt werden. Dabei war auch die Differenzierung zwischen alten und neuen Bundesländern wichtig, weil sich zeigte, dass beide Landesteile im Kontext europäischer Variationen häufig unterschiedlich einzuordnen sind. Insgesamt ergaben die Unterschiede jedoch nicht in jedem der Vergleichsgesichtspunkte eine gleiche Rangfolge der Ergebnisse oder deutlich kontrastierende Entgegensetzungen. Erklärungen hierfür können zunächst nur plausible Vermutungen darstellen. Wie oben erwähnt, sind bei genaueren Untersuchungen unterschiedliche Faktoren zu berücksichtigen, die aus den Bereichen der institutionellen Verfasstheit eines Landes, der historischen Ereignisse, der Sozialstruktur sowie der politischen Kultur stammen können (vgl. zu einem differenzierten Beispiel etwa Gerhards/Hölscher 2003). Will man solche Fragen empirisch untersuchen, müssen entsprechende erklärende Merkmale und Indikatoren in die Untersuchungen aufgenommen werden. Die Eurobarometer sind hierfür bisher eher beschränkte Datenquellen. In der Forschung müssten stärker differenzierende Aspekte der Beteiligung wie auch erklärende Faktoren für Beteiligung berücksichtigt werden.

European Social
Survey-Projekt

Zwei europaweite empirische Forschungen können hierzu Erkenntnisse liefern. Es handelt sich zum einen um das European Social Survey-Projekt, welches sich auf Bevölkerungsumfragen in über 20 europäischen Ländern stützt (vgl. zum Projekt generell: <http://www.europeansocialsurvey.org/>; van Deth 2004, Neller/van Deth 2006; bisher wurden drei Wellen durchgeführt: 2002/2003, 2004/2005 und 2006/2007). Ein stärker auf die politische Beteiligung Jugendlicher orientiertes Projekt ist „EUYOUPART Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union“, bei dem empirische Erhebungen in acht europäischen Ländern (Österreich, Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Großbritannien, die Slowakei, Estland, Finnland und Italien) bei 15- bis 24-Jährigen im Jahre 2004 durchgeführt wurden. Hierzu finden sich auf der Projekthomepage detaillierte Arbeitsberichte und Ergebnisse (vgl. <http://www.sora.at/de/start.asp?b=14>). Eine zusammenfassende Buchpublikation ist geplant (vgl. Spannring/Ogris/Gaiser 2008). Das Projekt verweist auf zwei Aspekte, die zur europaweiten Erfassung und ländervergleichenden Analyse der Partizipation junger Menschen zu berücksichtigen sind: Zum einen muss das Indikatorenspektrum erweitert werden, weil neue Formen wie Internet und Handy für die Information, Mobilisierung und die tatsächliche Einflussnahme eine zunehmende Rolle spielen. Zum anderen müssen neue Strategien der politischen Artikulation (strategische Nutzung der Konsumentenrolle, moralischer Konsum, Produkt- und Produzentenboykott) stärker in den Blick genommen werden (vgl. de Rijke/Gaiser/Wächter 2008). Außerdem zeigt das Projekt EUYOUPART sowohl durch eine vergleichende Analyse der länderspezifischen Partizipationsstrukturen als auch durch qualitative Interviews, dass die jeweiligen politischen Kulturen differenziert berücksichtigt werden müssen, weil auf der begrifflichen Ebene gleich etikettierte Handlungen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten durchaus sehr Unterschiedliches bedeuten können.

EUYOUPART

Beide Studien bzw. Studienprogramme weisen daraufhin, dass bei der Forschung zu Partizipation von Jugendlichen eine ländervergleichende Perspektive sinnvollerweise in den Blick genommen werden sollte.

Anmerkungen

- 1 Die Darstellungen der empirischen Ergebnisse beziehen sich auf den DJI-Jugendsurvey, dessen thematische Schwerpunkte die Erfassung politischer Orientierungen und Beteiligungen sowie die Lebensverhältnisse junger Menschen sind. Der Jugendsurvey des Deutschen Jugendinstituts basiert auf standardisierten mündlichen Befragungen 16-29-Jähriger in beiden Teilen der Bundesrepublik. Die Erhebungswellen sind repräsentativ für die BRD und erfassten 1992 und 1997 jeweils ca. 7000 Befragte (4500 West, 2500 Ost). Im Jahre 2003 wurde die dritte Erhebungswelle mit einer Erweiterung der Befragtenpopulation auf die 12-15-Jährigen bei einer Ausweitung der Stichprobe auf ca. 9000 Befragte durchgeführt. Mehr Informationen zum Jugendsurvey sowie Veröffentlichungen siehe: www.dji.de/jugendsurvey.
- 2 Diese sind eher mit der Begrifflichkeit des sozialen Kapitals (Putnam 2000) zu fassen als mit der von bürgerschaftlichem Engagement, bei der der positive Beitrag zum Gemeinwesen oder der gesellschaftliche Nutzen im Vordergrund steht.
- 3 Betrachtet man nur die erwerbstätigen 16- bis 29-Jährigen, so ist bei der Mitgliedschaft in Gewerkschaften auch ein Rückgang, auf höherem Niveau (da Gewerkschaftsmitgliedschaft für Erwerbstätige relevanter ist), zu erkennen: von 30% 1992 auf 13% 1997 und 15% 2003.
- 4 Fast die gleiche Diskrepanz findet man bei den Erwerbstätigen: hier liegt die Bereitschaft bei 41%, bereits gemacht haben dies 9% der erwerbstätigen Befragten.
- 5 Nach der Theorie von Ronald Inglehart sind materialistisch orientierte Personen an traditionellen Werten ausgerichtet, während postmateriell orientierte mehr Wert auf individuelle Selbstverwirklichung und politische Mitsprache legen (vgl. Inglehart 1998 sowie Gille 2006).

Literatur

- Bertelsmann Stiftung* (Hrsg.) (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Thomas Olk, Roland Roth). – Gütersloh.
- Braun, Michael/Mohler, Peter Ph.* (2003): Background Variables. In: Harkness, Janet A./Van de Vijver, Fons J.R./Mohler, Peter Ph. (Hrsg.): *Cross-Cultural Survey Methods*. – New Jersey, S. 101-115.
- Deth, Jan W. van* (2001): Soziale und politische Beteiligung: Alternativen, Ergänzungen oder Zwillinge. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland*. – Opladen, S. 195-219.
- Deth, Jan W. van/Kreuter, Frauke* (1998): Membership of Voluntary Associations. In: Deth, Jan W. van (Hrsg.): *Comparative Politics. The Problem of Equivalence*. – Londres, S. 135-155.
- Deth, Jan W. van* (Hrsg.) (2004): *Deutschland in Europa. Ergebnisse des European Social Survey 2002-2003*. – Wiesbaden.
- Flash Eurobarometer 202 – The Gallup Organization (2007): *Young Europeans. Survey among young people aged between 15-30 in the European Union. Summary*. February 2007.
- Gabriel, Oscar W.* (1994): Politische Einstellungen und politische Kultur. In: Gabriel, Oscar W./Bretschneider, Frank (Hrsg.): *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. – Opladen, S. 96-133.

- Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank* (Hrsg.) (1994): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. – Opladen.
- Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann* (2006): Gesellschaftliche und politische Beteiligung. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Jugendsurvey 3. – Wiesbaden, S. 213-275.
- Gerhards, Jürgen/Hölscher, Michael* (2003): Kulturelle Unterschiede zwischen Mitglieds- und Beitrittsländern der EU. Das Beispiel Familien- und Gleichberechtigungsvorstellungen. Zeitschrift für Soziologie, Jg. 32/2003, H. 3, S. 206-225.
- Gille, Martina* (2006): Werte, Geschlechtsrollenorientierungen und Lebensentwürfe. In: Gille, Martina/Sardei-Biermann, Sabine/Gaiser, Wolfgang/de Rijke, Johann: Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland. Lebensverhältnisse, Werte und gesellschaftliche Beteiligung 12- bis 29-Jähriger. Jugendsurvey 3. – Wiesbaden.
- Inglehart, Ronald* (1998): Modernisierung und Postmodernisierung – Frankfurt/Main.
- Mény, Yves* (1999): Interessengruppen in Frankreich: von Pluralismus keine Spur. In: Christadler, Marieluise/Uterwedde, Henrik (Hrsg.): Länderbericht Frankreich. – Opladen, S. 348-362.
- Muxel, Anne* (2001): L'expérience politique des Jeunes'. – Paris.
- Neller, Katja/Deth, Jan W. van* (2006): Politisches Engagement in Europa. Aus Politik und Zeitgeschichte, 30-31/2006, S. 30-37.
- Putnam, Robert D.* (2000): Bowling Alone. The Collapse and Revival of American Community. – New York.
- Rijke, Johann de/Gaiser, Wolfgang/Wächter, Franziska* (2008): Aspekte der Stabilität politischer Orientierungen und politischer Partizipation. In: Gille, Martina (Hrsg.): Jugend in Ost und West seit der Wiedervereinigung. Ergebnisse aus dem replikativen Längsschnitt des DJI-Jugendsurvey. – Wiesbaden (erscheint 2008).
- Roth, Roland* (1999): Neue soziale Bewegungen und liberale Demokratie. In: Klein, Ansgar/Legrand, Hans-Josef/Leif, Thomas (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen. Impulse, Bilanzen und Perspektiven – Opladen, S. 47-63.
- Roudet, Bernard/Tchernia, Jean-François* (2001): Une présence active dans un milieu associatif en évolution. In: Galland, Olivier/Roudet, Bernard (Hrsg.): Les valeurs des jeunes. Tendances en France depuis 20 ans. – Paris, S. 149-175.
- Spanning, Reingard/Ogris, Günther/Gaiser, Wolfgang* (Hrsg.) (2008): Youth and Politics in Europe. – Leverkusen.
- Weßels, Bernhard* (2001): Vermittlungsinstitution und Interessenvertretung: Zur Performanz von Mitgliederorganisationen in Deutschland. In: Koch, Achim/Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hrsg.): Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. – Opladen, S. 221-246.
- Westle, Bettina* (1994): Politische Partizipation. In: Gabriel, Oscar W./Brettschneider, Frank (Hrsg.): Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt. – Opladen, S. 137-173.